Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Rede
Kiel, 17.06.2010

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Hochschulgipfel, Hochschulpolitisches Konzept, Erhalt des Wissenschaftsraums S.-H.

Den drei vorliegenden Anträgen ist gemeinsam, dass ein Konzept zur Hochschulpolitik des Landes eingefordert wird. Aus Sicht des SSW ist dieses Konzept dringend notwendig, da bei den aktuellen Kürzungsplänen völlig unklar ist, auf welcher Informations- und Datengrundlage die Kürzungen beschlossen worden sind, welche Konsequenzen die Sparvorschläge mit sich bringen und wohin es in Sachen Hochschulpolitik in Schleswig-Holstein eigentlich gehen soll.

Erstaunlich ist nämlich, dass die Landesregierung die Schließung von zwei Fachrichtungen plant, aber dieser Entscheidung gar kein Konzept zugrunde liegt - dieses soll ja erst im Laufe des Herbstes kommen. So verstärkt sich der Eindruck, dass wir es gar nicht mit Hochschulentwicklung zu tun haben. Denn auch die vom Wissenschaftsminister angekündigten „sektoralen Einschnitte“, um die Hochschullandschaft Schleswig-Holsteins weiterzuentwickeln, helfen hier nicht weiter. Durch diese „sektoralen Einschnitte“ wird derzeit nur kaputt gemacht, was kaputt zu machen geht. Eine Weiterentwicklung der schleswig-holsteinischen Hochschullandschaft sieht auf jeden Fall anders aus.

Aus Sicht des SSW brauchen wir ein Konzept für die gesamte Hochschullandschaft. Die Demonstration mit 13.000 Teilnehmerinnen und

Teilnehmer vor dem Landeshaus gestern hat gezeigt, dass sich landesweit Protest gegen die aktuelle Hochschulpolitik formiert. Und die Demonstranten haben ein Recht auf eine Antwort der Landesregierung. Die Antwort kann weder sein, dass man dem Druck nicht nachgibt und damit Stärke demonstrieren will. Noch kann der Kahlschlag in Lübeck die Antwort sein. Auch die Regierung und die regierungstragenden Fraktionen müssen spätestens gestern verstanden haben, dass die schleswig-holsteinische Bevölkerung sich ihre Bildungszukunft nicht kaputt machen lässt.

Für den Hochschulstandort Flensburg hätten eine Schließung der Wirtschaftswissenschaften und eine weitere Zentralisierung der Hochschulbildung in Kiel katastrophale Folgen für die Region. Die Flensburger Uni hat mit der nicht-gymnasialen Lehrerausbildung zwar ein wichtiges Element der Hochschulbildung in Schleswig-Holstein. Allerdings kann das nicht alles sein, es muss auch eine Weiterentwicklung geben.

Für den Hochschulstandort Flensburg mit der Fachhochschule, der Universität und der Syddansk Universitet gibt es eine Reihe vielversprechender Aussichten, die den Campus insgesamt stärken würden. Um hier eine Perspektive für die Zukunft zu entwickeln, muss die Region in die Entscheidungsfindung eingebunden werden. Wir können die betroffenen Akteure vor Ort nicht einfach ignorieren und übergehen. Gerade der in Diskussion stehende Studiengang Wirtschaftswissenschaften macht nämlich deutlich, wie wichtig eine Identifikation mit der Region ist. In den regional hoch geschätzten Wirtschaftswissenschaften werden mit 10% der Personalausstattung an der Uni 37% der Drittmittel generiert und 40% der Promotionen geschrieben. Die Studierenden kommen aus über 20 Nationen, der Studiengang ist interdisziplinär, mehrsprachig und international ausgerichtet und damit besonders zukunftsfähig. Die Wirtschaftswissenschaften in Flensburg sind deutschlandweit einzigartig und machen durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Syddansk Universitet ein Alleinstellungsmerkmal der deutschen Hochschulpolitik aus.

Die Uni Flensburg hat eine faire Chance verdient, diesen Studiengang weiter zu betreiben. Daher sollte nicht nur das Gutachten der Wissenschaftskommission abgewartet werden, auch sollte eine intensivierte Zusammenarbeit mit der FH oder die Einrichtung eines grenzüberschreitenden Forschungsdreiecks bzw. als langfristige Perspektive die Einrichtung einer Europa-Universität mitdiskutiert werden.

Aus Sicht des SSW ist der vorgeschlagene Hochschulgipfel eine gute Idee, um alle Akteure an einen Tisch zu bekommen und vor allem Nachhaltigkeit in die Hochschulpolitik des Landes zu bringen. Es darf nicht sein, dass erst Studiengänge genehmigt und anschließend gleich wieder gestrichen werden. Wichtig ist außerdem ein breiter Diskurs über ein flächendeckendes Angebot

an Studiengängen. Die Exzellenzinitiativen alleine sind nicht alles und dürfen schon gar nicht dazu führen, dass die Entwicklung anderer Hochschulen soweit beschränkt wird, dass sie die eigenen Potentiale nicht mehr ausbauen können. Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass es uns gelingt, den Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein weiterzuentwickeln, wenn nur die Exzellenzinitiativen bedient werden. Wir brauchen beides: ein starkes Fundament und gute Spitzenforschung. Hier werden weder Land noch Bund ihrer Verantwortung gerecht.